

lichen Gemeinschaften ihre Mitglieder zu erreichen und zu bilden. So gestand Präsident Marcos 1967 der katholischen Bischofskonferenz das Recht zu, daß jeder Bischof in seiner Diözese eine Rundfunk- oder Fernsehstation einrichten könne. Besonders „Radio Veritas“ soll neben einem Programm für den gesamten ostasiatischen Raum auch ein Programm der Volkserziehung ausstrahlen, das der Erwachsenenbildung und dem Schulfunk dienen soll. Die evangelische Bibelsendung „Back to the Bible“ wird inzwischen bereits über 34 lokale Rundfunkstationen der Philippinen ausgestrahlt. Im übrigen bietet sich auf dem Gebiet der Bibelarbeit eine gute Möglichkeit zur Zusammenarbeit an. Ob es die Aufgabe des „Katholischen Digest“ oder der katholischen Wochenzeitung „Sentinel“ mit der Begründung, „das beste Medium für katholische Neuigkeiten ist die weltliche Tageszeitung“, ist, überall scheint sich eine Abwendung vom katholischen Getto und eine Hinwendung zu den anderen Kirchen zu zeigen. Auf offizieller Ebene knüpfte man inzwischen ebenfalls die ersten Kontakte: Nach der im Februar beschlossenen Errichtung eines ständigen Sekretariats der katholischen Bischofskonferenz für ökumenische Angelegenheiten fand am 22. August 1968 das erste Gespräch zwischen Lutheranern und Katholiken statt, das mittlerweile so weit gediehen ist, daß es am 24. Oktober hieß, es werde voraussichtlich im Frühjahr 1969 zu einer gegenseitigen Anerkennung der Taufe kommen. Inwieweit die erst Anfang November veröffentlichte Unterstützung der Enzyklika

„Humanae vitae“ durch die katholischen Bischöfe diese Annäherung negativ beeinflussen wird, läßt sich noch nicht absehen. Es wäre schade, wenn dieser hoffnungsvolle Beginn dadurch zum Stillstand käme.

Freundlicheres Verhältnis zum Islam

Der bereits vor den ersten Christen auf die Philippinen gekommene Islam beschränkt sich mit seinen ca. 1,6 Millionen Mitgliedern fast ganz auf die südliche Teile von Mindanao, wohin er von den Spaniern zurückgedrängt worden war. Nach langer Feindseligkeit haben sich inzwischen gute Kontakte zu den christlichen Gemeinden herausgebildet, die sichtbaren Ausdruck darin finden, daß die Mohammedaner ihre Kinder auf die christlichen Schulen schicken und voll des Lobes sind. Konversionen sind selten — und Rivalitäten zum Glück auch. (Die rund 100 000 Buddhisten treten kaum in Erscheinung, schon gar nicht ins Bewußtsein der meisten Filipinos.)

Verstärkt scheint sich auf den Philippinen die Einsicht durchzusetzen, daß es für die Kirchen heute weniger um einen Dialog mit den Kirchen im Westen und um eine Solidarität mit den Christen dort geht, sondern um das Verhältnis zu den verschiedenen, lange Zeit unbeachteten oder verachteten Gruppen im eigenen Volk sowie um Solidarität mit diesen Gemeinschaften und den Völkern des asiatischen Raums, die ebenso versuchen, einen eigenen Weg zu finden.

Gibt es noch eine Hoffnung für Nigeria?

Der nigerianische Bürgerkrieg ist seit einiger Zeit aus den Schlagzeilen der Weltpresse verschwunden. Bestimmte Publikationen haben versucht, das Hungerproblem herunterzuspielen, die kirchlichen und humanitären Hilfsmaßnahmen zu verdächtigen und den Völkermord — dieses „sickening crime“ („The Times“, 13. 11. 68) — anzuzweifeln. Die internationalen Beobachter hätten, wie berichtet wird, keine Beweise für Massentötungen von Ibos gefunden, dagegen aber festgestellt, daß die Zivilisten auf beiden Seiten der Front „ziemlich rauh“ behandelt wurden („Uganda Argus“, 17. 10. 68). Commonwealth-Minister Thomson kam sogar zum Schluß, die Iboführer begingen Selbstmord am eigenen Volk.

Zu diesem nun schon 19 Monate wütenden „quick kill“, der am 31. März 1968 hätte beendet sein sollen (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 136 ff.), sich aber seitdem — trotz der begonnenen Waffenstillstandsgespräche — erheblich verschärft hat, eine wertende Aussage zu machen, Recht und Unrecht abzuschätzen, ist sehr gewagt. Wir können daher zu diesem Zeitpunkt nur skizzenhaft die militärische Situation darstellen, die Tätigkeit der kirchlichen und humanitären Hilfsorganisationen schildern und auf die Problematik der Befriedung des Landes nach Beendigung der Feindseligkeiten hinweisen.

Noch keine Aussicht auf Frieden

Im September 1968 setzte General Gowon noch einmal zu einer Schlußoffensive gegen Biafra an. Sie schlug fehl. Die Gründe dafür sind verschiedenartig. Von Biafra aus gesehen, liegt ein erster Grund darin, daß seine Soldaten endlich dazu übergegangen sind, ihre Heimat entschie-

dener zu verteidigen. Plötzlich wurde ihnen bewußt, daß die Bundestruppen am Rande ihres Kernlandes standen. Der Verlust seiner letzten Habe, seines eigenen Ackers und Gartens, wo seine Ahnen begraben liegen, wäre aber für den Ibo gleichbedeutend mit wirklicher Heimatlosigkeit und Knechtschaft. Weiter hat Oberstleutnant Ojukwu in der militärischen Führung durchgegriffen und vor allem die durch die weißen Söldner hervorgerufenen Spannungen in der Armee beseitigt. Ferner ist Biafra — zieht man eine Verbindungslinie zwischen den zwei besetzten Städten Aba und Owerri und der derzeitigen Residenzstadt Ojukwu, Umuahia — zu einem kleinen Dreieck, dem Ibo-Kernland, zusammengeschrumpft. Zwischen diesen vordersten Spitzen der Bundestruppen gibt es allerdings zwei Korridore: einen nach Ikot Ekpene und einen zum Nigerdelta. Außerdem gehören zu diesem restlichen Drittel Biafras noch die weiten Sümpfe, Grasländer und Wälder, da die Bundestruppen nur die Straßen und wichtigsten Ortschaften beherrschen. Nach Ojukwu eigenen Worten ist der Erfolg der biafranischen Truppen auf eine bessere Bewaffnung zurückzuführen („Le Monde“, 29. 10. 68). Tatsache ist, daß seit September 1968 von Gabun aus eine starke Luftbrücke ausgebaut wurde, über die genügend Waffen und Munition herangeschafft wurden, um eine Gegenoffensive zu starten und die Rückeroberung Port Harcourts anzutreten. Nacht für Nacht werden unter Bewachung französischer Truppen in Libreville französische Waffen — in der Pilotensprache „birth-controll-pills“ — verladen und zur Erbitterung Londons nach Biafra geflogen. Ojukwu dagegen erklärte („Le Monde“, 29. 10. 68), aus Frankreich keine Waffen zu beziehen, diese vielmehr von den Bundestruppen erbeutet

zu haben. Das gleiche Dementi gab der Präsident von Gabun, *Bongo*.

Weshalb diese Dementis? Zunächst einmal könnte man Ojukwu sonst vorwerfen, er „kämpfe offensichtlich auch bis zum Hungertod des letzten Ibokindes“ („Zürcher Woche“, 20. 9. 68). Weiter könnten die umfangreichen Waffenlieferungen Ojukwu in seiner militärischen Stärke bestätigen und dadurch die von seinem politischen Berater und ehemaligen Präsidenten Nigerias, *Azikiwe*, neu eingeleiteten Versuche von Friedensgesprächen gefährdet oder unterbrochen werden („Sunday Nation“, 6. 10. 68). Damit würde er vor der Weltöffentlichkeit bloßgestellt und wäre nicht mehr so frei, die britische und sowjetische Waffenhilfe an Lagos zu brandmarken. Schließlich müßte er sich auch vorwerfen lassen, er strebe wie Gowon eine militärische Lösung an.

In Lagos ist man dagegen über „die Stagnation der Schlußoffensive“ enttäuscht. Wenn auch die Sowjetunion weitere auch für Nachtflüge geeignete MIG-Jäger liefert und England weitere Waffenhilfe versprochen hat, so herrscht in Lagos doch Frustrationsstimmung. Um die militärische Stagnation zu erklären, hat man Frankreich beschuldigt und auch die Bundesrepublik zum Sündenbock gestempelt. Warum gerade die Bundesrepublik unter Beschuß von Lagos geriet (obwohl bis vor einiger Zeit die deutsche Luftwaffe nigerianische Piloten ausbildete und bis heute eine angesehene Gruppe Deutscher im Norden des Landes in einer Munitionsfabrik arbeitet), wäre höchstens aus ihrem starken humanitären Engagement für Biafra zu erklären. Weitere Gründe für den ausbleibenden „Sieg“ sind: die langen Nachschubwege, der mangelnde Kampfeswille der Bundestruppen, die im Grunde nicht wissen, für wen und um was sie kämpfen, die Auswirkungen der innenpolitischen nigerianischen Krise auf die Front. Die geringe Kampfsmoral sei bedingt durch eine Schnellausbildung Arbeitsloser, welche den harten Ackerbau scheuen und für die der Alkoholschub das Wichtigste sei („Neue Zürcher Zeitung“, 2. 11. 68).

Als Antwort auf die Frage, warum Frankreich sich für Biafra so stark einsetze, weist „Time“ (6. 12. 68) auf die Ölvorkommen des Landes hin. Weiter würde Frankreich in einem wiedervereinten Nigeria seine Vorherrschaft in der westafrikanischen Wirtschaft einbüßen. Wie immer der Krieg ausgehe, Frankreich werde nicht verlieren. Denn siegt Biafra, so wird es die Ölquellen erschließen; unterliegt es jedoch, so wird Frankreich eine Exilregierung in Gabun unterstützen. Und sollte durch die starken französischen Waffenlieferungen der Krieg sich noch ein oder zwei Jahre hinziehen, so wird Nigeria derart erschöpft sein, daß die französische Exportwirtschaft kaum gefährdet sein dürfte. Doch ist Frankreich nicht so direkt in den Biafra-Konflikt verwickelt wie England. Inwieweit jedoch außerdem andere Weltmächte, wie z. B. China, Biafra militärisch bereits unterstützen oder kurz davor stehen, wird man abwarten müssen. Beziehungen zu China sind jedoch bereits aufgenommen worden („Uganda Argus“, 24. 9. 68).

Der Vorwurf des einseitigen Völkermordes muß auf dem gegebenen Hintergrund wohl differenziert werden. Zweifel daran tauchten auf, weil Ojukwu seinen Leuten einhämmern ließ, Nigeria wolle das Ibo-Volk liquidieren; dann aber auch, weil seine eigenen Truppen beim Rückzug aus dem „Rivers“- und „Südost“-Staat ebenfalls Massentötungen an Minderheitsstämmen und Repressalien an ihren eigenen zurückgebliebenen und als

„Kollaborateure“ verschrieenen Stammesgenossen verübt haben (vgl. „Afrika Forum“, Heft 9/10, 1968, S. 505). Völkermord, so muß man daher wohl sagen, geschieht auf beiden Seiten und insofern, als die gesamte Bevölkerung, Frauen, Kinder und Greise, in diesen Krieg verwickelt werden.

Eine gewisse Skepsis ist auch gegenüber den Schätzungen der täglichen Totenzahl in Biafra angebracht. Sie wird zwischen 6000 bis 12000 angegeben (Afrika Forum, Heft 11, 1968). Auch aus verlässlichen Erfahrungsberichten weiß man, daß Zahlen im Busch leicht verdoppelt werden. Daß die große Kindersterblichkeit auf so engem Raum und im Bürgerkriegszustand spürbarer ist als in der weiten Steppe — wo jährlich auch 60% der Kinder sterben —, ist einleuchtend.

Die humanitäre Hilfe

Das mit Hunger und Krieg verbundene Elend hat die humanitäre Hilfe der internationalen kirchlichen und privaten Organisationen in Gang gebracht. Diese bemühen sich, auf beiden Seiten der Front Millionen von Menschen zu retten. Dabei geraten sie oft zwischen die Mühlsteine der streitenden Parteien (vgl. hierzu Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 405 ff.; zu den Vermittlungsversuchen der christlichen Kirchen vgl. ebd., S. 136 ff.). Diese humanitäre Hilfe muß jedoch richtig gesehen werden. Wenn die Hilfsorganisationen von Biafra sprechen, so meinen sie damit sowohl das von den Bundestruppen besetzte Gebiet wie das noch übriggebliebene Restbiafra (das man fälschlicherweise oft als den alleinigen Empfänger der Hilfsaktionen ansieht). Auf beiden Seiten der Front arbeiten die Teams der Hilfsorganisationen. Wie die kirchlichen Organisationen von São Tomé aus und das IKRK von Fernando Poo aus eine humanitäre Luftbrücke in das eingekreiste Biafra organisiert haben, so werden von Lagos und neuerdings auch von Port Harcourt aus Hilfsgüter in das bereits besetzte Biafra transportiert. Dabei ergaben sich anfangs für das besetzte Gebiet ungewöhnliche Schwierigkeiten. Die Militärs leugneten rundweg, daß in diesen Gebieten Hunger herrsche. Die Hilfsaktionen selbst wurden vor allem von europäischen bzw. amerikanischen Organisationen durchgeführt. Die Verteilung in den Notstandsgebieten selbst war ein Problem. Ohne europäische Ärzte, Schwestern, Missionare und freiwillige Helfer wäre die Hilfe wirkungslos geblieben, ja hätte sie die Notleidenden überhaupt nicht erreicht. Eine Schwierigkeit spezifischer Art war die Koordination der verschiedenen konfessionellen und privaten Hilfsmaßnahmen. Allein im innerkatholischen Bereich den guten Willen und die gute Tat wirksam zu kanalisieren, war nicht einfach. Heute arbeiten die konfessionellen und „neutralen“ Organisationen so zusammen, daß am Verbraucherende praktisch ein gemeinsamer Topf steht, aus dem alle schöpfen. Auch im Notstandsgebiet selbst hat das Elend die konfessionellen Schranken, die Ordensrivalitäten, nationalen Spannungen und tribalistischen Identifikationen etwas eingeebnet.

Die Kritik der „technischen Inkompetenz“ und des „politischen Dilettantismus“ (Publik“, 25. 10. 68) dürfte daher heute nicht mehr zutreffen. Dies galt aber wohl für die Anfangsphase. Wie Pilze sprangen ja zu Beginn die „Biafra-Vereine“ aus dem Boden, die alle ihren eigenen Weg gehen wollten. Auch innerhalb der Kirchen brauchte es Zeit, die isolierte Hilfe zu koordinieren, ganz zu schweigen vom Lufttransport, der Lagerung der Güter,

der Frage, welche Güter und Medikamente am dringendsten gebraucht würden. Termine mußten abgestimmt, eine Arbeitsteilung durchgeführt, Fachleute gewonnen werden. Daß durch die geschickte Propaganda der Biafraner und der Missionare in Europa zu Unrecht in vielen Kreisen nur die Not des eingekesselten Restbiafras gesehen und dieses zudem noch mit den Ibos identifiziert wurde, darf nicht geleugnet werden. Doch sind dafür wohl kaum in erster Linie die internationalen kirchlichen und humanitären Organisationen verantwortlich. Vorwerfen könnte man ihnen höchstens eine gewisse Hilfsrivalität am Anfang und eine kühle Distanz zwischen kirchlichen und nichtkirchlichen Organisationen, vor allem dem Roten Kreuz. Sie alle, vor allem das IKRK, gerieten in den „Dschungel völkerrechtlicher Querelen“, weil Lagos auf Nichteinmischung bestand und Biafra Waffenlieferungen den Hilfssendungen vorzog, diese aber dann als „Propaganda des Mitleids“ ausnutzte. Die natürliche Folge war, daß Lagos die Hilfsmaßnahmen behinderte, wo es nur um diese ging, aber auch Umuahia des öfteren in der humanitären Luftbrücke Komplizen der nigerianischen Luftwaffe zu sehen glaubte („Le Monde“, 29. 11. 68).

Unsichere Zukunft

Nach letzten Berichten der UNICEF, des Internationalen Roten Kreuzes und der kirchlichen Organisationen rechnet man täglich mit 8000 Toten. Bis Anfang Januar 1969 dürften die Erntevorräte und damit die einheimischen Grundnahrungsmittel (Yams, Kassawa) voraussichtlich aufgezehrt sein. Damit droht dem Lande die größte Hungerkatastrophe nach dem Zweiten Weltkrieg. Sollen die Hilfsorganisationen zusätzlich zu den bisher eingeflogenen Protein-Sendungen in Zukunft auch noch Stärkemittel liefern, so müßten 2000 t hochkonzentrierter Nahrungsmittel beschafft und transportiert werden. Aufgrund der militärischen Lage können in das derzeitige Biafra, wo der Großteil der hungernden Bevölkerung zusammengedrängt ist, nicht mehr als 200 bis 300 t pro Nacht eingeflogen werden. Um welche Geldbeträge es dabei geht, zeigt der Leistungsbericht der Caritas Internationalis vom 10. September 1968. Er weist einen Spendenumfang von 2 318 992,80 US-Dollar aus. Die Hilfsaktionen des Weltrates der Kirchen wurde bis zum 2. August 1968 mit rund

17 Millionen DM angegeben. Das Internationale Rote Kreuz benötigt gegenwärtig allein 32 Millionen sFr., um seine Aktionen für die nächsten vier Monate aufrechtzuerhalten.

Die humanitäre Hilfe, die täglichen Todesziffern und sieben bis acht Millionen Flüchtlinge deuten darauf hin, daß der Bürgerkrieg in Nigeria zu einem menschlichen Problem geworden ist, das auch nach einem Waffenstillstand weiter andauern wird. Zunächst steht die Frage der Rückgliederung an. Das gesamte Bundesgebiet war am 1. April 1968 in 12 Staaten neu aufgliedert worden. Aus der ehemaligen Ostregion Biafra wurden drei Staate gebildet, der East Central State, der Rivers State und der South Eastern State. Die beiden letzteren sind bereits von den Bundestruppen erobert worden. In ihnen leben die Minderheitsstämme. Lagos „versteh“ daher nicht, daß Ojukwu die Souveränität von Biafra und die Rückkehr zu den Vorkriegsgrenzen fordert („Afrika Forum“, Heft 9/10, S. 505). In diesen Staaten würden die Ibos ebenso schwer in führende Positionen gelangen können wie umgekehrt ein Nichtibo im Ibokernland des East Central State, dem jetzigen Biafra. Daher fragen auch die Minderheitsstämme, mit welchem Recht Ojukwu sezessionierte. Da in diesen beiden Staaten die Minderheitsstämme zahlenmäßig überwiegen, entfällt auch sein Vorwand, die Ibos schützen zu müssen.

Ein anderes Problem betrifft die Integration der geflüchteten Ibos. Werden diese ihre zurückgebliebenen Stammesgenossen akzeptieren oder als Verräter ansehen? Wie werden sich die dynamischen Ibos den Minderheitsstämmen zuordnen? Hinzukommen innernigerianische Probleme: der Krieg hat die harte Währung für Waffen aufgebraucht. Als Kriegskosten fielen 125 Millionen Pfund einschließlich 100 Millionen Pfund verlorener Handelseinkünfte sowie 10 Millionen Pfund Kriegsschäden an. Was geschieht mit den 80 000 Soldaten, die plötzlich soldlos werden. Werden sie sofort beim Wiederaufbau eingesetzt werden können? Steuererhöhungen haben in der Bevölkerung Unruhe ausgelöst, die Studenten an den Universitäten sind unzufrieden, die Gewerkschaften mußten eine Säuberung hinnehmen. Die Elite des Landes beobachtet besorgt die intensive Kulturarbeit der Sowjetunion. Auch fürchtet man, General Gowon werde nicht mehr stark genug sein, um Nigeria zu befrieden.

Problembereichte zum Zeitgeschehen

Bemühungen um eine „Kurzformel“ des Glaubens

Selbst die wichtigsten Forderungen nach einer situationsgerechten Glaubensverkündigung — im Bereich der Theologie die hermeneutische Frage und das Problem einer christlichen Mäeutik (Wie ist „Einübung“ möglich?) — können nicht verbergen, daß man sich damit noch auf einer relativ abstrakten Ebene und weitgehend in oberflächlichen Gemeinplätzen bewegt. Die unmittelbare Not des Seelsorgers verlangt konkret-praktische Hilfe. Die Botschaft muß so verkündigt werden, daß das Wesentliche und die Mitte des Christlichen deutlich im Unterschied von allem Zweitrangigen erfaßt und dann auch konkret verwirklicht werden kann. Entzieht man sich nicht der Aufgabe einer bestimmten Konzentration

auf das Wesentliche des Glaubens, indem man sich nicht nur auf eine inhaltslose, unbestimmte und privat-unkontrollierbare religiöse Erfahrung als letzten Schluß aller Weisheit beruft, dann wird die Notwendigkeit einer „Kurzformel“ des christlichen Glaubens evident.

Die Notwendigkeit einer „Kurzformel“

Karl Rahner hat wohl als erster schon während des Konzils die Forderung nach einer „Verkündigungsformel“ erhoben (vgl. jetzt: Die Forderung nach einer „Kurzformel“ des christlichen Glaubens, in: Schriften zur Theologie III, Benziger, Einsiedeln 1967, S. 153—164). Die schwierige